

Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Frage: „Gab es nach 1945 eine echte Chance Deutschland als Ganzes zu erhalten?“ Um diese Frage zu klären und eventuelle Lösungsansätze zu finden ist es notwendig, die historische Situation und die globalen Entwicklungen dieser Zeit näher zu beleuchten. Die Entwicklungen nach dem zweiten Weltkrieg kann man allgemein in fünf Teilgebiete untergliedern. Das erste wichtige Feld sind die direkten Folgen des Vernichtungskrieges. An zweiter Stelle treten nach dem Krieg bestimmte gesellschaftliche und sittliche Phänomene auf. Auch die Entstehung einer neuen globalen Mächtekonstellation in Verbindung mit der Entwicklung integrativer Gemeinschaftsstrukturen prägt diese Zeit. Zuletzt kann man einige wissenschaftliche und technische Neuerungen aufzählen, die nach dem Zweiten Weltkrieg auftraten.

Am unmittelbarsten trafen die verschiedenen Nationen und vor allem Deutschland die Folgen des Vernichtungskrieges. Insgesamt 60 Millionen Tote mussten verzeichnet werden. In der Sowjetunion wurden ganze Städte und Dörfer ausgelöscht und dem Erdboden gleich gemacht. Die Grundversorgung der Menschen mit Nahrung, Wasser, Strom und Gas war außerordentlich schwierig; da vor allem auch viele Verkehrs- und Transportwege zerstört worden waren. Ein weiteres gravierendes Problem war die schlechte wirtschaftliche Situation. Nahezu alle nationalen Wirtschaftsformen hatten Verluste erlitten. Auch das militärisch besiegte Deutschland hatte darunter zu leiden. James F. Byrnes führt in seiner Rede an, dass es Deutschland in dieser Verfassung unmöglich sei, genug zu produzieren, um auch nur ein Mindestmaß an Friedenswirtschaft zu erreichen. Im Vordergrund standen der Wiederaufbau und die Beseitigung der Kriegsschäden. Es herrschte Massenarbeitslosigkeit und ein Mangel an Roh- bzw. Baustoffen für die Produktion. Die hohen Reparationsforderungen und vor allem die Demontagen in der sowjetischen Besatzungszone, verzögerten eine Erholung der Wirtschaft noch zusätzlich. Im Zuge der Entnazifizierung waren auch die Nürnberger Prozesse vom 20.11.1945 als Folge des Krieges zu sehen, bei denen 24 Personen der NS-Führungselite und 6 Kollektive zum Tod oder langen Haftstrafen verurteilt wurden. Das nächste sehr wichtige Feld der Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg waren die gesellschaftlichen und sittlichen Phänomene dieser Zeit.

Für die Menschen war es schwer, mit der Zerstörung durch die Bombardements umzugehen. Die Versorgung der Menschen war ungenügend, was im Hungerwinter von 1946/47 besonders deutlich wurde. Viele litten unter der Situation, keine Gewissheit über das Schicksal ihrer Verwandten, Väter, Brüder oder Söhne, zu haben. Die meisten Heimkehrer waren Kriegsgefangene, die stark traumatisiert waren. Sie wurden am Wiederaufbau des „Feindeslandes“ beteiligt und arbeiteten unter menschenunwürdigen Bedingungen. Auch die Emanzipation der Frau erhielt einen Schub.

Schon während und auch nach dem Krieg musste die Frau das Überleben der Familie sichern. Nach dem Ende des Krieges begannen sie als „Trümmerfrauen“ den Wiederaufbau in Deutschland. Da die Heimkehrer meist gebrochene, traumatisierte Menschen waren, musste die Frauen auch sie betreuen. Hinzu kamen die Flutwellen der Flüchtlinge aus dem Osten 1944/45, die Schutz vor der Roten Armee suchten und die Unmengen an Vertriebenen nach Kriegsende. Trotz Unterversorgung, Wohnraumangel, einer instabilen Wirtschaft und Massenarbeitslosigkeit schafften es die Deutschen auch dieses Problem zu bewältigen.

Entscheidend für die Zukunft Deutschlands muss man die Entwicklung einer neuen globalen Machtkonstellation sehen. Es entstand schnell eine bipolare Ordnung in der Welt, die sich in den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam noch nicht so deutlich zeigte. Bereits auf der Konferenz von Teheran am 28. November bis 1. Dezember 1943 wurde über die vorläufige Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen entschieden. Bei der Konferenz von Jalta vom 4.2. bis zum 11.2. 1945 wurde Frankreich als vierte Besatzungsmacht akzeptiert und die Bildung einer polnischen Regierung entschieden. Die Konferenz von Potsdam vom 17.7 bis 2.8.1945 legte schließlich die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen fest, sowie die Teilung Berlins in vier Sektoren. Weiterhin standen die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie nun unter polnischer Verwaltung, was auch große territoriale Verluste für die Deutschen bedeutete. Man bildete zusätzlich einen Alliierten-Kontrollrat, der den Oberbefehl über das besetzte Deutschland haben würde und der die vier großen Ziele der Alliierten überwachte. Diese vier Ziele lauteten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung. Entmilitarisierung und Demokratisierung betont Byrnes in seiner Rede als Hauptpunkte der Behandlung Deutschlands. Auf die Entnazifizierung legt er weniger Wert, die Demontagen kritisiert er eher indirekt in Verbindung mit „künstlichen Schranken“ der Friedenswirtschaft. Allerdings spricht Byrnes den Ost-West-Konflikt an. „Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes, noch im Interesse des Weltfriedens, dass Deutschland eine Schachfigur [...] in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird[...].“ Denn genau das drohte zu passieren. Die USA im Westen und die Sowjetunion im Osten waren die stärksten machtpolitischen und ideologischen Nationen des jeweiligen „Blocks“. Beide waren Wirtschaftsmächte und hatten ein Atommonopol. Beide Mächte sahen sich als demokratische Staaten, die den Weltfrieden bewahren wollen und die europäischen Staaten, vor allem aber Deutschland, im Sinne ihrer ideologischen und machtpolitischen Interessen gestalten. Dies musste zum Konflikt führen, da beide Mächte ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie besaßen. Der Westen sah die Demokratie als Selbstbestimmung der Völker, als ein freiheitliches, offenes, politisches System. Der Ostblock trug den Gedanken einer Volksdemokratie, in der Kommunismus die Macht besitzt und in der eine kommunistische Staats- und Gesellschaftsordnung vorherrscht. Somit empfand jede Seite, die andere Macht als undemokratisch. Sie sahen sich als Regimes, die ihr falsches Vorbild der

Demokratie verbreiten wollten und so den Weltfrieden gefährdeten. Es war also nur logisch, dass gegen das jeweils andere „Regime“ vorgegangen werden musste, um den Frieden zu erhalten. Auf jede politische Entscheidung des einen Staates, folgte als Reaktion eine Entscheidung des anderen. Am stärksten betroffen war dabei Deutschland bzw. die jeweilige Besatzungszone. Die der Rede zugrunde liegende Außenministerkonferenz sollte über einen Friedensvertrag nachdenken, der die Zukunft Deutschlands regeln sollte. Diese Konferenz scheiterte allerdings an Uneinigkeiten zwischen den Ministern der Alliierten. Augenscheinlich vertraten alle die Absicht Deutschland als Ganzes zu betrachten und ein einiges Deutschland in Aussicht zu stellen, wie auch Byrnes in seiner Rede betont. Die Besatzungszonen sollten keine faktischen Grenzen bedeuten und zumindest wirtschaftlich sollte eine Einheit bestehen. Doch nicht einmal wirtschaftlich konnte diese Einigung erreicht werden. Bereits im September 1945 hatte die Sowjetunion im Zuge der Entnazifizierung eine Bodenreform durchgeführt, die den Besitz der Großgrundbesitzer in Bodenfonds oder Volkseigentum überführte. Damit und mit der im gleichen Jahr stattfindenden Industriereform wurde der Grundstein für eine zentralistische Planwirtschaft geschaffen. Der Umbau der Gesellschaftsordnung war das endgültige Ziel der SU, da eine Entnazifizierung nur durch eine kommunistische Gesellschaftsordnung möglich sei. Die Westmächte gingen in ihren Besatzungszonen anders vor. Entsprechend dem Marshall-Plan der USA vom 5.6.1947, etablierten die Westmächte marktwirtschaftliche Grundsätze in den westlichen Zonen. Der Zusammenschluss der amerikanischen und der britischen Zone zur Bizone, unterstützte dies. Auch die Einführung neuer Währungen und der Berlinblockade vom 24.6.1948 – 12.5.1949 führten immer weiter zu einer ideologischen und faktischen Teilung Deutschlands.

International fanden weitere Neuordnungen statt. Man erreichte die Entwicklung von Objekten zu Subjekten des Völkerrechts, wobei Deutschland völkerrechtlich ausgelöscht war. Weiterhin war eine Fortentwicklung des Völkerrechtes angestrebt und die Dekolonisation des Staaten. Es wurden viele neue souveräne Staaten gegründet, wie zum Beispiel die Tschechoslowakei oder Polen. Auch eine zunehmende Demokratisierung gelang.

Im Zuge dieser Demokratisierung strebte man neue Friedensprojekte an. Dies führte zur Entwicklung integrativer Gemeinschaftsstrukturen. Ein solches Projekt war die Zuwendung nach Europa. Man wollte Europa zu einer weltpolitischen Instanz machen, die gemeinsam wirtschaftliche und politische Angelegenheiten löste. Außerdem wurden einige Organisationen zur Wahrung des Weltfriedens gegründet. Vor allem die NATO (4.4.1949) und der UN-Sicherheitsrat (1948) sind hierbei zu erwähnen. Dies führte zur Westintegration der westlichen Deutschlands in Anlehnung an die Sechs-Mächte-Konferenz (in London) 1948 (23.2.-6.3.), bei der die Gründung eines westdeutschen Staates beschlossen wurde. Auch im Osten wurden ähnliche Organisationen gegründet. So gab es einen wirtschaftlichen Bund den RWG (1950) und den Warschauer Pakt

(1955), zur Friedensbewahrung und zum militärischen Zusammenschluss bei Angriff eines Mitgliedsstaates, als Gegenstück zur NATO.

Natürlich gab es dank des Krieges auch wissenschaftliche und technische Neuerungen, die diese Zeit prägten. Die Erkenntnisse im Krieg führten zur Entwicklung des Radars und einer Verbesserung der zivilen Luftfahrttechnik. Die Raumfahrttechnik wurde als neues Gebiet erschlossen. Zusätzlich wurden neue Medikamente und medizinische Verfahren entwickelt, die die Behandlung revolutionierten. Computertechnologie und Informatik konnten als neuer Bereich der Wissenschaft, der Technik und auch der Wirtschaft erschlossen werden. Die letzte nennenswerte Neuerung war die Atomkraft in Anlehnung an die Herstellung von Atomwaffen. Die Herstellung von Atomwaffen in der USA und der Sowjetunion trug dazu bei, dass es nie zu einem offenen Ausbruch eines „heißen“ Krieges zwischen den West- und Ostmächten kam.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass sowohl die Westmächte, als auch die Ostmächte ein einheitliches, komplettes Deutschland nicht ausschlossen. Dies wird auch in der Rede von Byrnes deutlich. Er führt dazu folgendes an: „Die Potsdamer Beschlüsse sahen nicht vor, dass Deutschland niemals eine zentrale Regierung haben sollte.“ Er betont außerdem, dass eine „wirtschaftliche Vereinigung“ Deutschlands nützlich sei. Das größte Ziel ist es aber den Weltfrieden zu erhalten. Es gab nach 1945 also die „echte Chance Deutschland als Ganzes zu erhalten. Problematisch war es erst mit Aufkeimen des Ost-West-Konflikts. Dieser Konflikt verhinderte die Einigung auf gemeinsame Grundsätze und Voraussetzungen für ein Gesamtdeutschland. Jede Besatzungsmacht empfand die eigene Vorstellung einer Demokratie und einer fähigen, starken Wirtschaftsordnung als einzig Richtige. Somit wurden die Besatzungszonen stets unterschiedlich gestaltet. Ostdeutschland und Westdeutschland entfernten sich wirtschaftlich voneinander, was mit der Verschärfung des kalten Krieges immer deutlicher wurde. Man kann also sagen, dass der Ost-West-Konflikt die Chance auf ein Gesamtdeutschland zunichte gemacht hat. Hätten sich die Ost- und Westmächte einigen können, wäre es durchaus möglich gewesen Deutschland als Ganzes zu erhalten. Die Grundlage dafür hätten Byrnes Worte in seiner Rede vom 6. September 1946 sein können: „Die Zeit ist gekommen, wo die Zonengrenzen nur als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden sollten, [...], und nicht als eine Kennzeichnung für sich abgeschlossene wirtschaftliche oder politische Einheiten. [...]“